

# GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und  
Interessenvertretungen der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Ina Menzel  
Telefon: 361 89451

**-Rundschreiben Nr. 16 vom 10. November 2015**

---

## Beförderungstermin 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Beförderungen im Jahr 2016 sollen um ein halbes Jahr verzögert zum 1. Juli 2016 wirksam werden. Begründet wird dies mit der derzeitigen Haushaltssperre in 2015 und mit der haushaltslosen Zeit in 2016. Ein anderer Weg wäre möglich gewesen, wie in 2011 bei der haushaltslosen Zeit. Leider ist es aber so, dass der Senat sich nicht für eine solche Lösung entscheiden wollte.

Viele Kolleginnen und Kollegen wenden sich mit großer Enttäuschung über die verschobenen Beförderungen an uns. Darunter sind etliche Kolleginnen und Kollegen, die erst noch eine Aufstiegsfortbildung besuchen mussten, um befördert werden zu können. Ausgerechnet jetzt, wo nach Abschluss des Lehrgangs ihre Beförderung anstünde, wird der Termin verschoben. Immer handelt es sich um Kolleginnen und Kollegen, die bereits seit vielen Jahren eine höherwertige Tätigkeit ausüben, ohne jedoch die entsprechende Bezahlung zu erhalten.

Wir haben uns mit einem Schreiben an den Präsidenten des Senats, an die Senatorin für Finanzen und die Fraktionsvorsitzenden der Bremischen Bürgerschaft gewandt. Der Gesamtpersonalrat hält es für unangemessen und unfair, den Beförderungstermin 2016 auf den 1. Juli zu verschieben. Der Gesamtpersonalrat erwartet, dass - wie in der Vergangenheit auch - trotz Haushaltssperre und haushaltsloser Zeit durch geeignete Maßnahmen die Beförderungen zum 1. Januar 2016 wirksam werden.

Der Senat und die Bremische Bürgerschaft haben bereits in der Vergangenheit die Beamtinnen und Beamten immer wieder zu Sonderopfern herangezogen, sei es bei der Erhöhung der Arbeitszeit, sei es bei der Übertragung der Tarifergebnisse. Gleichzeitig sichern Beamtinnen und Beamte (wie Tarifbeschäftigte) die Bereitstellung guter öffentlicher Dienstleistungen, die unter immer schwierigeren Bedingungen erbracht werden müssen.



Senat und Bürgerschaft nehmen es dabei als selbstverständlich hin, dass die Beschäftigten die Aufgaben zu jeder Zeit in höchster Qualität erbringen. Über die damit verbundenen Überlastungen wird dabei vom Senat und der Bürgerschaft gerne hinweggesehen. Überstunden, Mehrarbeit und Krankheitsstände in den Dienststellen legen ein beredtes Zeugnis ab. Davon sind auch die Beamtinnen und Beamten stark betroffen.

Im Sinne einer motivierenden Personalpolitik durch Wertschätzung und Anerkennung halten wir daher die Umsetzung des Beförderungstermins zum 1. Januar 2016 für ein wichtiges und notwendiges Signal in Richtung Beamtinnen und Beamten. In diesem Sinne werben wir in unseren politischen Gesprächen für einen anderen Umgang mit den Beamtinnen und Beamten.

Mit kollegialen Grüßen

Doris Hülsmeier  
Vorsitzende